



Kursbuch Kohleausstieg

Szenarien für den Strukturwandel



Inhaltsverzeichnis

Aufbruch

Einstiege 12

Tausend gute Gründe 17

Der Kohleausstieg in Deutschland
Von Sebastian Zoepf

Abschied

Das letzte Kapitel aufschlagen 24

Geschichte, Stand und Perspektiven der Braunkohle
Von Felix Chr. Matthes

Zwischen Innovation und Exnovation 30

Anforderungen an eine Forschung für den Kohleausstieg
Von Timon Wehnert

Fehlt am Ende die Kohle? 37

Die Folgekosten des Braunkohlebergbaus
Von Rupert Wronski und Svantje Fiedler

Der Ausstieg hat längst begonnen 43

Internationale Kohlepolitik
Von Martin Rocholl

Reisebegleiter

„Wir halten durch“ 50

Unsicheres Leben am Tagebau
Ein Interview mit Erna und Gerhard Kremkow aus Pödelwitz

Geier kreisen über dem Lausitzer Revier 54

Die Machenschaften des Konzerns EPH
Von Karsten Smid

- 61 Der Kohle die Rote Karte zeigen**
Die Klimabewegung in Deutschland
Von Svenja Künstler
- 67 Hartnäckigkeit zahlt sich aus**
Der Anti-Kohle-Kampf in Nordrhein-Westfalen
Von Dirk Jansen
- 73 Mehr Verlässlichkeit bitte!**
Rahmenbedingungen für den Kohleausstieg
– drei Standpunkte
Von Klaus Schäfer, Jens Sannig und Wolfgang Krüger

Fahrplan

- 82 Pellworm ist überall**
Die Rolle der Zivilgesellschaft beim Kohleausstieg
Von Carel Carlowitz Mohn und Josef Tumbrinck
- 89 Das Klima ist reif**
Der deutsche Kohleausstieg und die
internationale Energiewende
Von Payal Parekh und Melanie Mattauch
- 95 Das Licht geht nicht aus**
Verschiedene Fahrpläne für den Kohleausstieg
- 97 „Alte Kraftwerke schnell abschalten!“**
Von Charlotte Loreck
- 100 „Wir brauchen einen Ausstieg im Gleitflug“**
Von Patrick Graichen und Philipp Litz
- 103 „Zukunft lässt sich politisch gestalten“**
Von Karsten Smid
- 106 Das Neue fest im Blick**
Strukturpolitik in den deutschen Kohleregionen
Von Sabrina Schulz und Julian Schwartzkopff

Die Strategie der langen Bank ist am Ende	112
Die Zukunft des Kohleausstiegs	
<i>Von Gerd Rosenkranz</i>	

Impulse

Projekte und Konzepte	119
------------------------------	------------

Medien	125
---------------	------------

Spektrum Nachhaltigkeit

Wir wählen bunt!	130
BUND-Positionen zur Bundestagswahl	
<i>Von Wilfried Kühling, Hubert Weiger und Antje von Broock</i>	

Kommen Sie näher, machen Sie mit!	134
Der Erfahrungsraum ökologischen Wirtschaftens	
<i>Von Corinna Vosse und Dieter Haselbach</i>	

Mensch und Meer	138
Ein Nachruf auf den Meeresschützer Onno Heye Tollef Groß	
<i>Von Antje Boetius</i>	

Win-win für Gesellschaft und Klima	140
Freiwillige CO ₂ -Kompensation	
<i>Von Olivia Henke</i>	

Rubriken

Editorial	7
------------------	----------

Inhalt	9
---------------	----------

Impressum	144
------------------	------------

Vorschau	145
-----------------	------------

Für die gedeihliche Zusammenarbeit und die finanzielle Unterstützung danken wir der European Climate Foundation:



Die Rolle der Zivilgesellschaft beim Kohleausstieg

Pellworm ist überall

Von Carel Carlowitz Mohn und Josef Tumbrinck

Das Unvermeidliche, der Ausstieg aus der Kohle, versetzt ganze Regionen in Unruhe und Unsicherheit. Damit es nicht zu sozialen, wirtschaftlichen und regionalpolitischen Brüchen kommt und die Transformation zu einer postfossilen Lebensweise gelingt, braucht es eine starke Zivilgesellschaft. Sie auf- und auszubauen ist in den Braunkohleregionen kein Selbstläufer.

— Es mag abseitig erscheinen, einen Artikel über die Rolle der Zivilgesellschaft beim Kohleausstieg mit einem Ausflug auf die Nordseeinsel Pellworm zu beginnen. Noch abseitiger mag anmuten, bei der Frage, was denn die Zivilgesellschaft zum Strukturwandel weg von der Kohle beitragen kann, zunächst einmal über das Verschwinden und Fehlen der Zivilgesellschaft zu sprechen. Wer die Exkursion dennoch wagt, wird belohnt – und zwar mit einem Blick über die eigene Region hinaus. Und der wird nicht nur in den drei deutschen Braunkohlerevieren viel zu selten gewagt.

Pellworm und mindestens zwei der drei deutschen Braunkohlereviere verbindet zum einen die Demografie. Wie andere ländliche Regionen in Deutschland und Österreich leidet auch die Nordseeinsel Pellworm in besonderem Maße unter Abwanderung und Überalterung. Mit dem Einwohnerschwund wird es immer schwieriger, öffentliche Einrichtungen aufrechtzuerhalten und zu finanzieren. Auch Sportverei-

ne, Freiwillige Feuerwehren, Kulturvereine und Chöre, kurzum: Der zivilgesellschaftliche Humus als solcher leidet an Erosion und Nährstoffmangel. Zum Verschwinden industrieller Arbeitsplätze gesellt sich also in Kohleausstiegsregionen auch noch ein handfestes demografisches Problem hinzu – eher kleinräumig wie in Mitteldeutschland oder auf der Ebene der gesamten Region wie in der Lausitz. Gerade dort also, wo die Zivilgesellschaft als Impulsgeberin besonders gefragt wäre, ist sie selbst mit am meisten von Schwindsucht betroffen.

Pellworm und die Braunkohlereviere verbindet zum zweiten die besondere Affinität zum Thema Energie. Bereits 1983 wurde auf der Insel einer der damals größten Solarparks Europas gebaut und 1989 in der Kombination mit Windkraft zum größten Hybridkraftwerk Europas erweitert. Da lag es nahe, die ganze Insel zu einem Reallabor der Energiewende zu machen. Auf 37 Quadratkilometern sollte beispielhaft gezeigt werden, wie sich einst ganz Deutschland vor allem mit Wind- und Sonnenenergie versorgen sollte. Doch was vielversprechend und mit viel medialer Aufmerksamkeit begonnen hatte, endet in diesen Tagen mit einer gefühlten Niederlage: Der Energieversorger Eon zieht sich aus dem Projekt zurück, ohne das Ziel einer vollständig auf Erneuerbaren basierenden Energieversorgung erreicht zu haben. Einer der Gründe mag just mit der Zivilgesellschaft zu tun haben – oder wiederum mit ihrer fehlenden Einbindung in das Projekt. Zu schwach war die Anbindung an lokale Bürgerinitiativen, zu gering die lokale Anbindung, zu halbherzig das Bemühen, regionale Wertschöpfung zu sichern. (1)

Das Selbstbild in Kohleregionen

Schwach ausgeprägte zivilgesellschaftliche Strukturen und eine bei Unternehmen sowie der Landespolitik wenig eingeübte Praxis, schwach organisierte Bürgergruppen einzubinden – diese Ausgangslage verbindet die Braunkohlereviere mit anderen von Strukturwandel und Abwanderung betroffenen peripheren Räumen. Hinzu kommt in den Kohleregionen ein tradiertes kulturelles und mentales Selbstverständnis als von Großunternehmen geprägte Industrielandschaften – nicht das kleinräumig, heterogen Vernetzte, sondern das in Großbetrieben und in Großstrukturen wie Volksparteien und Industriegewerkschaften zentral Gesteuerte bestimmen hier das Selbstbild. Wo also ohnehin wenig ist an Zivilgesellschaft und

das Wenige zudem von vermachteten Großstrukturen an den Rand gedrängt und majorisiert wird, ausgerechnet hier also soll die organisierte Zivilgesellschaft eine Rolle spielen bei der Verständigung über das Wie des Wandels? Dass es sich um keine rhetorische Frage handelt, wird deutlich, wenn man Zivilgesellschaft an dieser Stelle näher definiert als vielfältig organisiertes lokales und regionales Interessen- und Beziehungsgeflecht von Bürger(inne)n, die gemeinsame Vorstellungen, gemeinsame Leitbilder entwickeln von der Region, in der sie leben. Und die als Bürger(innen) außerdem bereit sind, sich zu engagieren, damit diese Leitbilder Wirklichkeit werden.

Ein wirksamer Beitrag der Zivilgesellschaft zum Gelingen der postfossilen Transformation in den Braunkohleregionen ist allerdings kein Selbstläufer. Bisher nämlich sind weder zivilgesellschaftliche Akteure so organisiert, dass sie ihr volles Potenzial entfalten können, noch verstehen die an der Bewältigung des Strukturwandels beteiligten Entscheidungsträger(inne)n in Wirtschaft und Politik, was sie sich von bürgerschaftlichem Engagement versprechen könnten.

Beiträge der Zivilgesellschaft zum Strukturwandel

Fünf Faktoren seien deshalb genannt, um dies zu ändern:

□ Nicht nur Pellworm ist eine Insel: Auch im Rheinland, in der Lausitz und in Mitteldeutschland herrscht insulares Denken vor, was die Gestaltung des anstehenden Braunkohleausstiegs betrifft. Eine überregionale, gar über nationale Grenzen hinausreichende Vernetzung verschiedener Kohleausstiegsregionen findet allenfalls in zaghaften Ansätzen statt. Dabei sind Kohleausstieg und Strukturwandel keineswegs neue Phänomene. Gerade in Deutschland gibt es im Saarland, im Ibbenbüener Steinkohlerevier oder im Ruhrgebiet allein für Kohleregionen einen überreichen Erfahrungsschatz mit dem vielfältigen Instrumentarium der Regionalentwicklung – man muss ihn nur ans Licht bringen (vgl. S. 106 ff.). Ein gezielter Erfahrungsaustausch zwischen ehemaligen und aktuellen Strukturwandelregionen könnte hierzu beitragen. Zudem wäre es sinnvoll, mit Mitteln des Bundes ein Programm zu initiieren, das Kommunalpolitiker(inne)n, Wirtschaftsvertreter(inne)n, aber auch Vertreter(inne)n der Zivilgesellschaft aus den Kohleregionen ermöglicht, systematisch von den Erfahrungen anderer Regionen zu lernen.

□ „Der Strukturwandel ist ein Trauerspiel“ – so die vorherrschende Gefühlslage in den Braunkohleregionen. Zu bestimmend, zu prägend sind die Bilder vom Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie, von der negativ beleumundeten Strukturpolitik im Ruhrgebiet oder gar von Margaret Thatchers brachialem Kohleausstieg in Nordengland. Dieser wenig einladenden Negativkommunikation sollten Akteure der Zivilgesellschaft ein Narrativ der Zuversicht und des Gestaltens entgegenzusetzen. Natürlich ist der Wandel großindustrieller Strukturen immer auch mit sozialen, wirtschaftlichen, regionalpolitischen Brüchen verbunden. Zugleich aber gibt es auch etliche Regionen, die diesen Wandel erfolgreich bewältigt haben, die heute in Sachen Lebensqualität und Wohlstand besser dastehen als je zuvor. Man sollte deshalb verstehen, aus welchen Fehlern man lernen kann und was man in diesen Regionen richtig gemacht hat – und dann sollte man diese Geschichten in die Öffentlichkeit tragen.

„ Eine überregionale, gar über nationale Grenzen hinausreichende Vernetzung verschiedener Kohleausstiegsregionen findet allenfalls in zaghaften Ansätzen statt. “

□ Die Zivilgesellschaft sollte sich auf das konzentrieren, was andere Akteure nicht oder nicht so gut leisten können. Als Erstes wäre hierbei das Stichwort Bürgerbeteiligung zu nennen. Die betroffenen Regionen werden ihre Entwicklungspotenziale jenseits der Kohle nur entfalten können, wenn die Bürger(innen) dabei mitspielen – und wenn in der Bürgergesellschaft der Region ein von vielen geteiltes Bild entsteht, wofür die Region künftig stehen will. Die Bevölkerung hierfür zu gewinnen, eine Beteiligung und Teilhabe an entsprechenden Diskussions- und Planungsprozessen durchzusetzen, ist genuine Aufgabe zivilgesellschaftlicher Organisationen. NGOs und andere Netzwerke der Zivilgesellschaft haben der regionalen Wirtschaft

und der Politik oft aber auch ihre enge internationale Vernetzung und ihren intensiven Austausch mit *Think Tanks* und Wissenschaft voraus – diese Wissensressourcen gezielt für die bisher vergleichsweise wenig auf internationalen Austausch gerichteten Kohleregionen zu erschließen, wäre enorm wichtig.

□ Wirtschaft und gesellschaftliche Ordnung in Bergbauregionen sind in der Regel von einer für moderne Gesellschaften untypischen Unterkomplexität bestimmt. Sehr große Unternehmen dominieren darin nicht nur die wirtschaftlichen Aktivitäten, sondern prägen über die bei wenigen großen *Playern* beschäftigten Belegschaften, über Sport- und Kultursponsoring (manch einer würde es *Soft Corruption* nennen) auch das soziale und kulturelle Leben. Kommunal- und Regionalpolitik unter diesen Verhältnissen hat den Vorteil der Überschaubarkeit und Berechenbarkeit. Auch vor diesem Hintergrund werden die beteiligten Politiker(innen), Gewerkschaftsleute und Wirtschaftsvertreter(innen) die Aussicht auf Strukturwandel nicht eben als Verheißung wahrnehmen – und NGOs nicht den roten Teppich ausrollen, wenn es darum geht, sich in Planungsprozessen und mit den Mitteln der Wirtschafts- und Regionalförderung dann doch notgedrungen mit dem Unvermeidlichen auseinanderzusetzen. Aufgabe von NGOs wird es daher sein, sich beharrlich und selbstbewusst einen Platz in diesen Runden zu erstreiten – und als *Watchdog* der Zivilgesellschaft dafür zu sorgen, dass Regionalentwicklung *bottom up*, also von unten nach oben, unter Beteiligung der eigentlich Betroffenen und Gestaltenden stattfindet.

□ Insbesondere in der Lausitz war die Strukturpolitik in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht untätig bei dem Versuch, Alternativen zur Braunkohle zu entwickeln. Wirklich erfolgreich war man darin aber nicht. Zum einen, weil die Rolle der Braunkohle als „noch über viele Jahrzehnte unverzichtbarer heimischer Energieträger“ dabei nicht infrage gestellt werden durfte. Zum anderen, weil es dabei bisher nicht ausreichend gelungen ist, eine traditionelle Fokussierung auf Infrastrukturprojekte („Betongold“) und einen *Top-down*-Politikstil zu überwinden. Diese Entwicklung droht sich nach der Bundestagswahl zumindest in den ostdeutschen Braunkohleregionen in verschärfter Form fortzusetzen. Schließlich waren die Kohleausstiegskampagnen auf Bundesebene bisher zumindest so erfolgreich, dass inzwischen einigermäßen realistisch zu erwarten ist, dass die vom Ausstieg betroffenen

Regionen mit speziellen Bundesmitteln rechnen können. Allerdings ist zu befürchten, dass neu aufgelegte Millionenfonds in diesen Regionen wirken wie ein Wolkenbruch nach einer Dürreperiode – weil der Boden nicht aufnahmefähig ist, droht das zusätzliche Geld in teure Infrastrukturmaßnahmen zu fließen, die für sich genommen noch keine sich selbst tragende Regionalentwicklung in Gang setzen. Hier ist die Zivilgesellschaft gefragt und gefordert, eigene, politisch umsetzbare Vorstellungen zu entwickeln, wie der hereinbrechende Geldsegen dauerhaft, dezentral, bürgerorientiert, unbürokratisch und – wo nötig – auch in Klein- und Mikroprojekten für regionale Entwicklung eingesetzt werden kann. Eine konkrete Möglichkeit hierfür wäre die Etablierung einer bürgerschaftlich getragenen „Bundesstiftung post-fossile Entwicklung“. Diese Stiftung könnte einerseits Entwicklungsprojekte in den drei Braunkohleregionen fördern, andererseits den Austausch zwischen den drei Regionen voranbringen.

Schlummernde Potenziale wecken

Das Rheinische Revier ist in mancherlei Hinsicht sehr viel besser aufgestellt. Allein die Lage zwischen den wirtschaftlich und hinsichtlich Bevölkerungszug prosperierenden Städtereionen Aachen, Düsseldorf und Köln lässt keinen Zweifel daran, dass bei einem organisierten Braunkohleausstieg keine Brüche entstehen, wie das bei Kohle und Stahl im Ruhrgebiet der Fall gewesen ist. Schon jetzt gibt es mit der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH eine Gesellschaft, die Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte entwickelt und den Strukturwandel durch Initiieren und Durchführen von Projekten unterstützt. NGOs und weite Teile der Zivilgesellschaft spielen in dieser im Wesentlichen von den Kommunen und Kammern getragenen Gesellschaft allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Natürlich wird in der Region noch immer das hohe Lied der Braunkohle und ihren Arbeitsplätzen insbesondere im nachgelagerten Bereich gesungen. Die eigentliche Frage wird aber mehr oder weniger offen von ganz vielen Akteuren gestellt: Wie stark wird sich der Ausstieg in den kommenden Jahren beschleunigen und wann gibt es ein Szenario, das den Endpunkt weit vor dem jetzt avisierten Jahr 2045 legt? Denn daran glaubt eigentlich niemand mehr. Allein die NGOs sind es, die hier drängen und Druck machen, denn erst mit dem deutlich vorverlegten Ende

werden die in dieser Region schlummernden Potenziale freigesetzt, die ansonsten der Mehltau der Ungewissheit lähmt.

„Wir können Energie“ – diesen hübschen Satz wird man im Rheinland ebenso wie in der Lausitz und in Mitteldeutschland vermutlich ebenso wie in Pellworm mit Begeisterung unterschreiben. „Wir können Zivilgesellschaft“ – ob dieser Leitsatz dereinst auch für Deutschlands künftige Kohleausstiegsregionen gelten wird, wird am Ende vor allem auch von eben dieser Zivilgesellschaft abhängen. ———

Anmerkung

(1) Nicolai, Birger: Einmal Energiewende und zurück. In: Welt am Sonntag vom 16.4.2017.



Wovon lassen Sie sich nicht länger verkohlen?

a) Wer sich verkohlen lässt, ist auf Politik schlecht vorbereitet.

b) Verkohlen lasse mich immer mal ganz gern. Besonders am 1. April. Auskohlen lassen – nicht mit mir.

Zu den Autoren

a) Carel Carlowitz Mohn, geb. 1969, studierte Politikwissenschaften und besuchte die Deutsche Journalistenschule. Er ist einer der Gründer und stellv. Vorsitzender von Lausitzer

Perspektiven e.V. Beruflich war er u.a. tätig im Internationalen Sekretariat von Transparency International und für die European Climate Foundation.

b) Josef Tumbrinck, geb. 1965, studierte Landschaftsökologie und ist seit über 20 Jahren Landesvorsitzender des Naturschutzbundes NRW. Daneben ist er in diversen Stiftungen und Vereinen tätig.

Kontakt

Carel Carlowitz Mohn
Gubitzstraße 37, D-10409 Berlin
E-Mail carel.mohn@gmx.de

Josef Tumbrinck
Naturschutzbund NRW
Völklinger Str. 7-9, D-40219 Düsseldorf
E-Mail j.tumbrinck@nabu-nrw.de